

# Recht auf Wasser?

Von Uwe Hoering

**Das Thema Wasser war eines der wenigen auf dem Johannesburg-Gipfel, bei dem sich die Staaten auf ein Ziel mit konkreten Zahlen und Zeitvorgaben geeinigt haben. Ist damit ein Recht auf Wasser näher gerückt?**

**Eine kritische Bilanz.**

Der Anflug auf Johannesburg bot den Teilnehmern des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung Anschauungsunterricht in einem der zentralen Konferenzthemen – Wasser: Trocken, braun und staubig die ausufernden „schwarzen“ Townships, wo die Wasserversorgung oft nur zum Nötigsten reicht. In den wohlhabenden, meist „weißen“ Wohnvierteln dagegen kaum ein Haus ohne Swimmingpool und üppigen, gut bewässerten Garten. Das so ungleich verteilte lebenswichtige Gut stammt unter anderem aus dem Hunderte von Kilometern entfernten Lesotho-Staudamm, berüchtigt für Umsiedlungen und Umweltschäden, Korruption durch beteiligte Wasserkonzerne und astronomische Kosten, vorgestreckt von multilateralen Entwicklungsinstitutionen. Wasser in Fülle gab es – als Diskussionsstoff – auch beim Weltgipfel. Der Streit um die Verpflichtung, bis 2015

den Anteil der Menschen ohne ausreichende sanitäre Einrichtungen auf 1,2 Milliarden zu halbieren, war einer der Knackpunkte der Konferenz. Die Einigung darauf einer der wenigen konkreten Erfolge. Damit wurde das Millenniumsziel, den Zugang zu Trinkwasser zu verbessern, ergänzt; gehören doch sauberes Wasser und ausreichende sanitäre Einrichtungen unauflöslich zusammen. Verglichen mit dem Johannesburg-Gipfel spielte Wasser beim UN-Gipfel Umwelt und Entwicklung, UNCED, vor gut zehn Jahren in Rio de Janeiro eine eher bescheidene Rolle, rangierte weit hinter den „globalen“ Umweltproblemen wie Treibhauseffekt, Vernichtung der natürlichen Wälder und der biologischen Vielfalt. Zwar schaffte es die Aufnahme in die Agenda 21, das Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung, doch war

es eher ein Kapitel für Experten, die schon damals vor der sich abzeichnenden weltweiten Wasserkrise warnten. Seither haben sowohl die globalen Versorgungskonzerne als auch die bi- und multilateralen Entwicklungsorganisationen den potenziellen Wert des Wassers als „Gold des 21. Jahrhunderts“ erkannt.

## Wasser für alle?

Die zentrale Frage- und Frontstellung, die sich durch die politische Agenda zieht, war: Lässt sich das Recht auf Wasser, das direkt und indirekt in zahlreichen internationalen Abkommen verankert ist, vereinbaren mit der Auffassung von Wasser als Wirtschaftsgut, beziehungsweise als Ware, wie sie seit Anfang der Neunzigerjahre die Debatten um eine Lösung der Wasserkrise prägt? Der erste internationale Ansatz, das Recht auf Wasser umfassend einzulösen, war die internationale Wasserdekade, die 1977 auf der UN-Wasserkonferenz im argentinischen Mar del Plata beschlossen wurde. In den Achtzigerjahren flossen daraufhin große Investitionen in den Wassersektor, zahllose Entwicklungsprojekte und Gemeinschaftsinitiativen wurden gestartet. Zwar erhielten dadurch nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1,6 Milliarden Menschen Zugang zu sauberem Wasser, 750 Millionen zu sanitären Einrichtungen. Doch das hochgesteckte Ziel „Wasser für alle“ wurde verfehlt. Gründe waren unter anderem der angebotsorientierte, technologieintensive Versorgungsansatz, aber auch die Überschul-



dungskrise vieler Länder des Südens und Strukturanpassungsprogramme, die die Staatsausgaben beschnitten.

Als Antwort änderten Weltbank, Internationaler Währungsfonds und bilaterale Entwicklungsorganisationen ihre Strategie: Von Kolumbien über Ghana und Uganda bis Indien und die Philippinen machten sie neue Kredite für den Wasserektor davon abhängig, dass staatliche und städtische Wasserwerke Subventionen abbauen, kostendeckende Tarife einführen und für die Beteiligung ausländischer Unternehmen geöffnet werden. „Öffentlich-private-Partnerschaften“ sollen höhere Investitionen und Effizienz bringen und die Krise im Wassersektor lösen.

### Wasser als Wirtschaftsgut

Drehpunkt ist ein Paradigmenwechsel in der offiziellen Entwicklungsdiskussion hin zu einer Kommerzialisierung und Ökonomisierung des Wassersektors: Die Krise wird auf die gesellschaftliche Vorstellung von Wasser als öffentlichem oder „freiem“ Gut, dessen Bereitstellung öffentliche Aufgabe ist, zurückgeführt. Dadurch, so die Argumentation, werde der wirtschaftliche Wert des Wassers missachtet, die Subventionierung durch den Staat gerechtfertigt und infolgedessen der Verschwendung Vorschub geleistet. Stattdessen wird Wasser als „Wirtschaftsgut“ definiert. Anstelle staatlicher Bürokratie solle nun die „unsichtbare Hand“ des Marktes, geleitet von Angebot und Nachfrage sowie vom privaten Profitmotiv, sowohl die Versorgung als auch den schonenden Umgang mit der knappen Ressource sichern.

Seinen Niederschlag fand dieser Strategie- und Paradigmenwechsel in der Erklärung „Wasser und nachhaltige Entwicklung“ der Konferenz von Dublin 1992, die die Formulierung des Wasserkapitels der Agenda 21 mitprägte. Darin wurde versucht, ökologische und soziale Zielsetzungen mit dem Ansatz, die Wasserversorgung zu kommerzialisieren, zu verknüpfen. Neben der Betonung eines partizipatorischen Ansatzes und der

zentralen Rolle von Frauen bei der Lösung der Wasserkrise wurde in den vier „Dublin-Prinzipien“ hervorgehoben, dass „Wasser einen wirtschaftlichen Wert hat und als wirtschaftliches Gut betrachtet werden sollte“, ergänzt um den Nachsatz, „ohne das Recht auf Zugang zu Wasser zu beeinträchtigen“.

Seither hat sich die Hegemonie in der Diskussion um die Wasserpolitik mehr und mehr verschoben auf Organisationen außerhalb des UN-Systems wie zum Beispiel auf die Global Water Partnership und den World Water Council, der seit 1997 alle drei Jahre das World Water Forum ausrichtet. Dort dominieren neben einzelnen Regierungen die internationalen Finanzinstitutionen und die Privatwirtschaft. Aktivitäten innerhalb des UN-Systems sind zersplittert auf eine Vielzahl von Organisationen wie das Umweltprogramm UNEP, das Entwicklungsprogramm UNDP, die Landwirtschaftsorganisation FAO oder die WHO. Die Kommission für nachhaltige Entwicklung befasste sich zweimal – 1994 und 1998 – intensiv mit dem Wasserthema. Ihr Einfluss blieb allerdings gering, da sie lediglich Empfehlungen aussprechen kann und zudem von Wirtschafts- und Finanzministern eher gemieden wird.

### Ablehnungsfront gegen Privatisierung

Ein Versuch, die beiden Diskussions- und Aktionsstränge, also den Rechtsansatz und den Kommerzialisierungsansatz, wieder zusammenzuführen, war die Internationale Süßwasserkonferenz im Dezember 2001 in Bonn. Gemeinsam ausgerichtet von Umwelt- und Entwicklungsministerium, war die selbst ernannte Vorbereitungs-konferenz für den Weltgipfel durch einen breiten partizipatorischen Ansatz gekennzeichnet. Ihre Ergebnisse und Empfehlungen stellen daher nach Ansicht beteiligter NGOs wie dem Freshwater Action Network „progressive zwischenstaatliche Politikdokumente dar mit einem Schwerpunkt auf Aktionen“.

## IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation

Holger Ehling Publishing –  
Der Medienverlag  
*Edition Hipparchia*

Frankfurt am Main · London

**Wir veröffentlichen wissenschaftliche Literatur zur „Dritten Welt“, Interkulturellem Lernen, Theologie Interkulturell, Philosophie, Sprache und Literatur, Ökologie, Ökonomie und Interkulturellem Management und Entwicklungspolitik.**

**In einem jeweils eigenen Schwerpunkt veröffentlichen wir Publikationen zu Medien und Genderthemen.**



Elçin Kürsat-Ahlers/  
Dursun Tan/  
Hans-Peter Waldhoff  
(Hrsg.)

### Globalisierung, Migration und Multikulturalität

Werden zwischenstaatliche Grenzen in innerstaatliche Demarkationslinien verwandelt?

ZwischenWelten: Theorien, Prozesse und Migrationen, Bd. 3

1999, 276 S., € 23,00,  
ISBN 3-88939-479-5

#### Frankfurt am Main

Postfach 900 421  
D-60444 Frankfurt/Main  
Assenheimer Str. 17  
D-60489 Frankfurt/Main  
Tel. +49-(0)69-78 48 08  
Fax +49-(0)69-789 65 75  
e-mail: ikoverlag@t-online.de

#### London

4 T Leroy House  
436 Essex Road  
London N1 3QP, UK  
Phone: +44-(0)20-76881688  
Fax: +44-(0)20-76881699  
e-mail: Holger@Ehling.com

**Internet: [www.iko-verlag.de](http://www.iko-verlag.de)  
Auslieferung: [Order@KNO-VA.de](mailto:Order@KNO-VA.de)**

**Bitte fordern Sie unser Titelverzeichnis an!**



In Bonn schälte sich eine breite Ablehnungsfront von NGOs, Gewerkschaften und einigen Regierungsvertretern, insbesondere aus Entwicklungsländern, gegen die Privatisierung im Wassersektor und insbesondere gegen die Rolle transnationaler Wasserkonzerne heraus. Hervorgehoben wurden insbesondere die massive Korruption, das geringe Unternehmensinteresse an der Versorgung ärmerer, sprich: nichtprofitabler Bevölkerungsgruppen, und eine völlig unzureichende Regulierung und Kontrolle durch Regierungen, Gemeinden und Öffentlichkeit. Am Ende der Konferenz stand ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Sektor: „Die Hauptverantwortung dafür, dass Wasserressourcen nachhaltig und gerecht verwaltet werden, liegt bei den Regierungen“. Zudem konnten zivilgesellschaftliche Gruppen wichtige Forderungen im Konferenzbericht verankern, darunter:

- eine unabhängige Überprüfung der Erfahrungen mit der Beteiligung des privaten Sektors an der Wasserversorgung und
- die Aufforderung an bilaterale Geber

und internationale Finanzinstitutionen, die Privatisierung nicht länger zur Vorbedingung für neue Kredite im Wassersektor zu machen.

Dagegen gelang es den NGOs nicht, eine explizite Anerkennung des Zugangs zu Wasser als Menschenrecht und eine Ablehnung der Umdefinition von Wasser zu einem Wirtschaftsgut durchzusetzen. Da es sich nicht um eine UN-Konferenz handelte, gingen die Empfehlungen der Bonner Konferenz allerdings kaum in den Aktionsplan des Weltgipfels ein. Dafür setzte sie mit Diskussionsforen wie den Multistakeholder-Dialogen neue Formen einer breiten Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Privatwirtschaft am multilateralen Konferenzgeschehen um, die zumindest organisatorisch, wenn auch kaum inhaltlich, den Weltgipfel mitprägten.

#### **Gipfel der Freiwilligkeit**

Gegenüber dem Ziel der Wasserdekade, einen universellen Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sicherzustellen, nimmt sich der hochgejubelte Halbierungs-Erfolg des Weltgipfels be-

scheiden aus. Zudem blieben die multilateralen Verpflichtungen zur Finanzierung dieses Ziels vage. Stattdessen wurde eine Reihe von „Partnerschaftsinitiativen“ angekündigt, die dazu beitragen sollen, die Umsetzung der Gipfelbeschlüsse voranzutreiben:

- die WASH-Kampagne, an deren „Initiative zum Händewaschen“ unter anderem die global operierenden Seifenkonzerne wie Colgate-Palmolive und Procter & Gamble beteiligt sind,
- die EU-Initiative „Water for Life“, die – in enger Zusammenarbeit mit europäischen Wasserkonzernen – die Versorgung in Afrika, Osteuropa und Zentralasien verbessern und damit einen Beitrag zu „Gesundheit, Lebensunterhalt, wirtschaftlicher Entwicklung, Frieden und Sicherheit“ leisten will – ohne allerdings konkret Gelder zuzusagen,
- eine bunte Fülle weiterer wohlklingender Ankündigungen wie die African Water Facility, ein Programm „Water in African Cities“ und eine Initiative der US-Entwicklungsorganisation USAID für Westafrika, für die einzelne Regierungen und internationale Organisationen an-

„Der Weltgipfel war nicht zuletzt eine Weltbühne, um die Kommerzialisierung und die enge Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft in der Entwicklungspolitik voranzutreiben.“

geblich bis zu 230 Millionen US-Dollar versprochen haben.

Diese Partnerschaftsinitiativen, in denen Wasserversorgung und Wasser als Ware, die Ziele von Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit mit dem Profitmotiv eine enge Symbiose eingehen, spielten die Rolle eines Rettungsnetzes für den Gipfelerfolg. Forderungen von NGOs nach klaren Standards, Erfolgskontrollen und Transparenz, um einen Missbrauch als unverbindliche PR-Aktivitäten oder gar als Markteroberungsstrategie zu verhindern, wurden wohlwollend zur Kenntnis genommen und dann weitgehend ignoriert. Wie auch in anderen Bereichen siegte das Prinzip der Freiwilligkeit

und guter Absichtserklärungen über eine staatliche Regulierung unternehmerischer Aktivitäten.

### **Entökologisierung und Entdemokratisierung**

Zudem traten in Johannesburg ökologische Aspekte der Wasserkrise gegenüber der Versorgungsfrage in den Hintergrund. Das zentrale Problem des Schutzes und des Erhalts der Wasserressourcen wurde kaum behandelt, geschweige denn ein entsprechendes Aktionsprogramm verabschiedet oder auch nur das Mandat bestehender internationaler Umweltabkommen wie der Ramsar-Konvention zum Schutz von Feucht-

gebieten gestärkt. Dabei sind gerade in diesem Bereich die „geringen Fortschritte seit Rio extrem deprimierend“, schreibt die UNESCO in ihrer Bestandsaufnahme. „Abgesehen von einigen Ausnahmen – meist aus wohlhabenderen Ländern – sind Umweltschäden, der Verlust von Feuchtgebieten und sinkende Wasserqualität eine universelle Erfahrung“. Was aber hilft es, so die provokante Frage der Umweltorganisation WWF, wenn bis 2015 tatsächlich Millionen neue Wasserhähne und Toiletten installiert werden, dafür aber nicht genug Wasser zur Verfügung steht?

Diese Entökologisierung der Debatte ist die eine Tendenz, die mit der wachsen-

## Verlag Westfälisches Dampfboot



Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf  
**Globalisierung der Unsicherheit**  
Arbeit im Schatten, schmutziges Geld  
und informelle Politik  
gebunden -2002 - 393 S.  
€ 24,80 - SFR 42,90  
ISBN 3-89691-513-4

Christoph Görg  
**Regulation der Naturverhältnisse**  
Zu einer kritischen Theorie der  
ökologischen Krise  
2002 - 344 S.  
ca. € 35,00 - SFR 58,80  
ISBN 3-89691-530-4

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf  
**Grenzen der Globalisierung**  
Ökonomie, Ökologie und Politik  
in der Weltgesellschaft  
5. Auflage - Nachdruck der völlig  
überarb. und erw. 4. Auflage  
2002 - 600 S.  
€ 29,80 - SFR 52,50  
ISBN 3-929586-75-4



Christoph Görg/Ulrich Brand  
**Mythen globalen Umweltmanagements**  
"Rio+10" und die Sackgassen  
"nachhaltiger Entwicklung"  
(einsprüche Band 13)  
2002 - 217 S.  
€ 15,30 - SFR 28,00  
ISBN 3-89691-596-7



Dorotheenstr. 26a - 48145 Münster  
Tel.: 0251/60 860 80 - Fax: 0251/60 860 20  
email: info@dampfboot-verlag.de

[www-dampfboot-verlag.de](http://www-dampfboot-verlag.de)



#### Wonach mich dürstet

Es ist gelegentlich ein dreifacher Mekong: am Ufer des Mekong sitzen, Fisch aus dem Fluss und dazu einen thailändischen Mekong-Whisky on the rocks.

#### Zum Autor

Uwe Hoering, geb. 1949, arbeitet seit vielen Jahren von verschiedenen Standorten (New Delhi, Nairobi, Bonn) aus als freier Journalist zu entwicklungs- und umweltpolitischen Fragen, u.a. für Printmedien wie die Frankfurter Rundschau und für den Hörfunk wie den WDR. Nebenwirkungen sind mehrere Bücher. Redaktionsmitglied der Zeitschrift Peripherie.

#### Kontakt

Uwe Hoering  
Schloßstraße 2  
D-53115 Bonn  
Fon ++49/(0)228/265032, Fax -265033  
E-Mail UHoering@aol.com

den Kommerzialisierung im Wassersektor einhergeht. Zwar wird die Notwendigkeit eines integrierten Ansatzes von Wassermanagement immer wieder betont. Doch gegenüber den ökonomischen und technologischen Lösungsansätzen für die Wasserkrise kommen Fortschritte bei institutionellen Reformen und dem Aufbau von Kapazitäten, die für ein umfassendes Management notwendig wären, nur langsam voran, nicht zuletzt wegen fehlender Mittel. So sind in den meisten Entwicklungsländern Regulierungsbehörden, die die Umsetzung von Umwelt- und Qualitätsstandards sicherstellen könnten, schwach oder nicht existent.

Die zweite Tendenz ist eine Entdemokratisierung. Durch die Beteiligung international operierender, global ausgerichteter und profitorientierter Betreiber verringern sich die Einflussmöglichkeiten von Regierungen, Parlamenten und Stadtverwaltungen, die angesichts mangelnder Transparenz und des gewaltigen Macht- und Informationsgefälles alles andere als gleiche Partner sind. Die wachsende Dominanz privater Unternehmen schränkt zudem die Spielräume für gemeinschaftliche, alternative Lösungsansätze ein. Die vielfach beschworene Partizipation beschränkt sich damit zu meist auf Selbsthilfe und so genannte „Pro-Poor-Initiativen“ in nicht-profitablen Versorgungsbereichen. Damit sind am Ende weder lokale Gemeinschaften noch Behörden in der Lage, ein umfassendes, integriertes Management der Wasserressourcen, ausgerichtet an den eigenen Interessen und Bedürfnissen, sicherzustellen.

Johannesburg hat diesen Tendenzen keinen Riegel vorgeschoben. Im Gegenteil: Der Weltgipfel war nicht zuletzt eine

Weltbühne, um die Kommerzialisierung durch „öffentlich-private-Partnerschaften“, die enge Kooperation und Arbeitsteilung zwischen Staat und Wirtschaft in der Entwicklungspolitik, voranzutreiben. Dieser Auftritt wurde abgesegnet durch die Vereinten Nationen und abgesichert durch die allgegenwärtige Präsenz der Konzerne auf allen Ebenen und in allen Rollen, einschließlich ihrer Beteiligung an Regierungsdelegationen. Die Privatisierungsgegner und Globalisierungskritiker, die in Johannesburg dagegen protestierten, Wasser zu einer Ware zu machen, blieben dagegen in der Minderheit. „Ein am Gemeinwohl orientierter Ausgleich von Umweltbelangen und Entwicklungsinteressen, wie auf der Rio-Konferenz gefordert, rückt damit in weite Ferne“, so das Forum Umwelt und Entwicklung.

Darüber hinaus gelang es in Johannesburg nicht, den Vorrang von multilateralen Umweltabkommen wie der Ramsar-Konvention vor WTO-Regelungen festzuschreiben. Stattdessen wurde die Definition des Verhältnisses der WTO überlassen mit der Perspektive, damit „den Fuchs zum Wärter im Hühnerstall“ zu machen, wie Wolfgang Sachs vom Wuppertal Institut feststellte. Denn bei den seit zwei Jahren laufenden Verhandlungen über das Dienstleistungsabkommen GATS steht auch eine weitere Kommerzialisierung und Privatisierung des Wassersektors auf dem Programm.

#### Literatur

Uwe Hoering: Privatisierung im Wassersektor – Entwicklungshilfe für transnationale Wasserkonzerne – Lösung der globalen Wasserkrise? WEED-Arbeitspapier, November 2001, Bezug: WEED, Torstraße 154, D-10115 Berlin oder [www.weedbonn.org](http://www.weedbonn.org), Preis: 5 Euro zzgl. Versandkosten.